

EUROPA – EINE FRAGE VON KRIEG UND FRIEDEN

Im Rahmen einer internationalen Expertentagung über die christlichen Grundlagen der liberalen Gesellschaft sprach Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl am 29. November über die aktuelle Lage und die Zukunft Europas.

40 Wissenschaftler aus Deutschland, der Schweiz, Italien, Österreich, England, Holland, Bulgarien und den USA hatten sich in Wildbad Kreuth zusammengefunden, um über die christlichen Grundlagen der liberalen Gesellschaft zu diskutieren. Eine besondere Ehre erfuhr die Expertengruppe durch den Besuch von Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl. Bei einem abendlichen Kamingespräch mahnte Helmut Kohl eindringlich weitere Fortschritte auf dem Weg zum geeinten Europa an. Er verband sein Plädoyer für Europa und gegen Kleinmut mit einer deutlichen Warnung vor den Folgen, wenn Europa stattdessen auseinanderbrechen würde. Mehrfach verwies der Ehrenbürger Europas darauf, dass die Einheit Europas eine Frage von Krieg und Frieden bleibe.



Hans Zehetmair, Helmut Kohl, Maike Kohl-Richter und Christoph Böhr

Wörtlich sagte Helmut Kohl: „Die Risiken aus allen Maßnahmen, die unternommen werden, um auf dem Weg des geeinten Europa voranzukommen, sind geringer als das Risiko, dass Europa womöglich um den Preis eines Krieges auseinanderfällt.“ Mit Blick auf die Schuldendiskussion ergänzte er am Beispiel Griechenlands, dass alle Staaten Europas natürlich ihre Hausaufgaben zu

erledigen hätten, „aber dies“, so Helmut Kohl weiter, „eben in einem gemeinsamen Haus Europa“.

Dass dieses europäische Haus auf einem stärkeren Fundament als einer gemeinsamen Währung stehend gedacht und gesehen werden muss, kristallisierte sich auch in der anschließenden Diskussion im Plenum heraus. Als zentrale Pfeiler dieses Hauses wurden der christliche Glaube und die aus ihm hervorgehenden Werte und Normen genannt. Helmut Kohl selbst sprach

explizit von einer zutiefst christlich geprägten „europäischen Seele“. Die Europäer, so Kohl, hätten mit einer gemeinsamen Religion, einer gemeinsamen Kultur und einer gemeinsamen Wertegrundlage so viele Gemeinsamkeiten, dass sie sich eigentlich nur glücklich schätzen müssten. „Man erkennt das Wertvolle daran dann besonders gut“, so der Bundeskanzler, „wenn man sich vorstellt, wie Europa ohne diese Gemeinsamkeiten aussähe.“

www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2011/eine-frage-von-krieg-und-frieden.html

KATASTROPHENSCHUTZ IN EUROPA

Angesichts der in Anzahl und Schwere zunehmenden Katastrophen erörterte am 29. November eine Expertenrunde, wie die gemeinsame Katastrophenreaktion auf EU-Ebene schneller, effizienter und sichtbarer gemacht werden kann.

Mit dem Vertrag von Lissabon wurden neue Grundlagen auch für eine Fortentwicklung des europäischen Katastrophenschutzes geschaffen. Die Union erhielt erstmals im Primärrecht eine ausdrückliche Kompetenz zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Die Kommission beabsichtigt in Kürze, Legislativvorschläge zur Weiterentwicklung des solidarischen Europäischen Systems der Katastrophenhilfe vorzulegen.

Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann erwartet sich von diesen Legislativvorschlägen wichtige Weichenstellungen. Prävention, Subsidiarität und Solidarität seien die wesent-

lichen Grundlagen für das Zusammenwirken der Mitgliedstaaten. „Die Erfahrung zeigt, dass die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung am besten auf lokaler Ebene anzusiedeln ist“, so Herrmann. Damit wies er auf die große Bedeutung der ehrenamtlichen Strukturen als effiziente Gefahrenabwehr „in der Fläche“ hin und betonte zugleich die Zuständigkeit und Verantwortung der nationalen Regierungen.

Die EU-Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion, Kristalina Georgieva, macht fünf Bereiche aus, die auf EU-Ebene angegangen werden müssten. Erstens sollten die Mitglied-

staaten die Risiken fundiert einschätzen und Risikoszenarien erarbeiten. Zweitens müssten die Einsatztruppen besser ausgerüstet und ausgebildet werden. Den dritten Punkt, die Verfügbarkeit von Ressourcen bei Katastrophen, erachtete Georgieva als den wichtigsten: Nicht alle Länder müssten für jede Art von Katastrophe gerüstet sein; manche Kapazitäten könnten sich mehrere Länder teilen. Viertens schränken die hohen Transportkosten Einsätze oft ein. Eine stärkere Vernetzung sei notwendig, so dass auch eine höhere Kosteneffizienz erreicht werden könnte.

www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2011/katastrophenhilfe-in-europa.html



Stefan Mayer, Kristalina Georgieva, Clemens Verenkotte, Joachim Herrmann, Christina Prinzessin von Thurn und Taxis, Alfons Weinzierl

50 JAHRE ENTWICKLUNGSPOLITIK AUS CHRISTLICHER VERANTWORTUNG

Aus Anlass des 50-jährigen Bestehens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erinnerten Hanns-Seidel-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung am 7. November in Berlin an den Beitrag von Ministern, Staatssekretären, Parlamentariern und Fachleuten aus den Reihen der CSU und CDU.

Die Entwicklungspolitik sei in den vergangenen Jahrzehnten vielschichtiger geworden, so Hans Zehetmair. Die Anforderungen gingen heute über die klassische Entwicklungshilfe hinaus. Daher sei es erforderlich, sich an die Leitgedanken zu erinnern, die aus dem christlichen Menschenbild stammten.

Anton Pfeifer, Mitglied im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung, machte deutlich, dass auch nach Ende des Kalten Krieges nicht sicher sei, dass sich die Demokratie als Staatsform weltweit behauptete. Ihre Förderung bleibe ein zentrales Anliegen. Konrad Adenauer habe 1957 erkannt: „Die Feinde von heute sind nicht die anderen Nationen, sondern Armut, Unwissenheit, Krankheit, Diskriminierung.“



Martin Bröckelmann-Simon, Carl-Dieter Spranger, Hildegard Stausberg, Christian Ruck und Anette Hübinger

Carl-Dieter Spranger, Bundesminister a. D., unterstrich, dass Entwicklungspolitik nicht Sozialhilfe in globalem Maßstab sein dürfe, sondern Hilfe zur Selbsthilfe bedeute. Schließlich gehöre es zur Würde des Menschen, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Christian Ruck, stv. Vorsitzender der CDU/CSU Fraktion im Bundestag, betonte, dass angesichts der Globalisierung eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit im Interesse der deutschen Politik sei. Unser Wohlergehen hänge von dem politischen und wirtschaftlichen Weg der Entwicklungs- und Schwellenländer ab. Dies belege dramatisch gestiegene Anforderungen an die Entwicklungspolitik. Sie müsse die Herausforderungen aufnehmen, dürfe sich selbst aber nicht überschätzen: Entwicklung müsse aus dem Innern eines Landes kommen.

www.hss.de/internationale-arbeit/themen/themen-2011/50-jahre-entwicklungspolitik-aus-christlicher-verantwortung.html

KURZ GEMELDET

► Die Hanns-Seidel-Stiftung verleiht alljährlich den **Förderpreis für junge Liedermacher**. Die ausgezeichneten Gruppen und Solisten erhalten einen Förderbeitrag von je 1.500 € und werden im Rahmen der „Songs an einem Sommerabend“ in Kloster Banz präsentiert. Bewerbungsschluss ist der 1. März 2012. www.hss.de/preise/liedermacher.html

► Vor 20 Jahren, am 24. Dezember 1991, starb **Alfons Goppel**. Anhand einer Online-Dokumentation, illustriert mit Fotos, Karikaturen, Wahlplakaten, Dokumenten und Zeitungsausschnitten, möchten wir Ihnen Einblick in Leben und Wirken des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten geben: www.hss.de/alfons-goppel.html

PREISE FÜR 15 BAYERISCHE SCHÜLERZEITUNGEN

Über 200 Schülerzeitungen hatten sich in diesem Jahr an der Ausschreibung des Preises DIE RAUTE beteiligt. 15 von ihnen waren als Sieger zur Preisverleihung am 24. Oktober nach München geladen, wo sie Urkunden, Preisgeld und die Trophäe DIE RAUTE von Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle und Stiftungsvorsitzendem Hans Zehetmair überreicht bekamen. Zudem dürfen die Schülerzeitungsredaktionen an einem Schülerzeitungsseminar teilnehmen.

„Mit dem Schülerzeitungspreis DIE RAUTE, wollen wir das journalistische und ehrenamtliche Engagement der Schülerinnen und Schüler anerkennen und weiter fördern“, motiviert Hans Zehetmair die Schüler. „Die Schüler-

presse bildet ein wichtiges Instrument zur Förderung des demokratischen Gedankens bei jungen Leuten“, betonte Ludwig Spaenle deren wichtige Funktion.

In fünf Schularten (Hauptschule/Mittelschule, Realschule, Gymnasium, Förderschule und Berufliche Schulen mit FOS/BOS) waren erste Preise in den drei Kategorien Journalistischer Einzelbeitrag, Informationsvielfalt sowie Kreativität und Gestaltung ausgelobt. Der Preis



Gewinner Informationsvielfalt Hauptschule/Mittelschule: Leo, Leonhard-Wagner-Mittelschule, Schwabmünchen

DIE RAUTE ist mit insgesamt 4.500 Euro dotiert. Der 9-köpfigen Jury gehörten u. a. Journalisten verschiedener Tageszeitungen an.

www.hss.de/preise/die-raute.html

DIE HANNS-SEIDEL-STIFTUNG IN BILDERN



„Natürlich hat Deutschland eine Zukunft“, so Norbert Lammert am 14. September, „aber interessant und spannend ist: Welche?“

www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2011/auftrag-und-chance-der-deutschen-sprache-in-einer-globalisierten-welt.html



Im Vorfeld einer Sitzung der CSU-Landesgruppe wurde am 28. November der Band „Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag – Sitzungsprotokolle 1949–1972“ präsentiert.

www.hss.de/mediathek/archiv-fuer-christlich-soziale-politik/aktuelles/die-csu-landesgruppe-im-deutschen-bundestag.html



Zum Gedankenaustausch war der Vizepräsident der italienischen Abgeordnetenversammlung, Rocco Buttiglione (M.), am 18. Oktober in die Stiftungszentrale gekommen.

www.hss.de/internationale-arbeit/themen/themen-2011/bayerisch-italienischer-gedankenaustausch.html



Die Schweiz und ihr Verhältnis zu Europa war Thema einer Vortragsveranstaltung mit der schweizerischen Bundeskanzlerin Corina Casanova am 9. September.

www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2011/die-schweiz-und-ihr-verhaeltnis-zu-europa.html



Said Aqil Siroj, Alois Glück, Peter Witterauf und Günther Beckstein diskutierten am 12. September über die Vereinbarkeit von Islam und Christentum.

www.hss.de/internationale-arbeit/themen/themen-2011/dialog-der-kulturen.html



Staatssekretär Markus Sackmann (r.) forderte bei einer Fachtagung am 23. September eine „Anerkennungskultur“ für das Ehrenamt.

www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2011/social-media-und-fundraising.html

„GUTE NACHT, SCHÖNES DEUTSCHLAND!“

Die EU, der Euro, demokratische Freiheiten und Defizite, Politikverdrossenheit oder Rechtsterrorismus – es waren viele Themen, die Bundespräsident a. D. Roman Herzog mit Alt-/Stipendiaten am 25. November diskutierte.

Eine der ersten Fragen galt der Euro-Schuldenkrise. Vor allem dem Vorschlag, ein paar Kernländer sollten doch die D-Mark wieder einführen, erteilte er eine klare Absage: „Dann Gute Nacht, schönes Deutschland!“ Denn eine so wiederhergestellte D-Mark würde im Kurs hochschnellen, „und dann können wir zusammenpacken, da wir ja vom Export leben.“

An die Adresse der Präsidenten der EU-Kommission José Manuel Barroso und Romano Prodi richtete Herzog den Vorwurf, dass „wir keine große, sondern eine starke EU brauchen“. Zwar gebe es für viele Vorgänge auch Instrumente in den Gemeinschaftsverträgen, aber eine außenpolitische Wirkung fehle ihm. „Es gibt kein Gewicht, das man auf den Tisch werfen kann, dass es mal kracht“, so der ehemalige Bundespräsident. In Sinne klarer außenpolitischer Kompetenzen und einer starken EU stellte er fest: „Wenn es nach meiner Vorstellung ginge, brauchten wir rund ein Dutzend Veränderungen.“ Auch sei klar, dass die Haushaltspolitik den Einzelstaaten klare Rahmen setzen müsse, insbesondere was die Staatsquote, Grenzen der Kreditaufnahme oder des Personalbudgets angehe.



Roman Herzog (r.) im Gespräch mit CdAS-Vorstandssprecher Christof Botzenhart

„Es ist nichts so erfolgreich wie der Erfolg“, so Herzog. „Wenn sich die Krise, die wir gerade erleben, halbwegs löst, dann kann Frau Merkel nach der nächsten Wahl alleine regieren. Wenn sie nicht überstanden wird, dann geht's andersrum – dann wird's aber auch nicht besser.“

www.hss.de/stipendium/themen/themen-2011/im-gespraech-mit-roman-herzog.html

FRITZ LAMPRECHT – ARZT UND MALER

Der Maler Fritz Lamprecht (1892–1945) war reiner Autodidakt, der seiner Leidenschaft Malerei stets „nebenbei“ nachging – neben dem Medizinstudium, neben der Tätigkeit als Arzt, neben seinem Dienst als Soldat. Er zeichnete und malte in Öl und Aquarell vielfältige Motive, Landschaften, Tiere, Porträts, verarbeitete aber auch seine Kriegserlebnisse als Sanitätsoffizier.

Die rund 60 Bilder, ein Vermächtnis seiner Tochter Inge Müller-Lamprecht, werden nach Jahrzehnten in Privatbesitz in einer Dauerausstellung in Kloster Banz gezeigt.

www.hss.de/mediathek/archiv-fuer-christlich-soziale-politik/aktuelles/fritz-lamprecht-arzt-und-maler.html



FRAUENFÖRDERUNG IN POLITIK- WIRTSCHAFT – WISSENSCHAFT

Auf dem Weg zur wirklichen Gleichstellung haben Frauen in den letzten Jahrzehnten viel erreicht. Doch egal ob in Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft: Frauen müssen um ihre Karriere kämpfen, so die These am Ende der Podiumsdiskussion am 25. Oktober.

In drei Etappen diskutierten Karrierefrauen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über Chancen in der jeweiligen Berufswelt. Ursula Männle, Staatsministerin a.D., betonte: „Frauen in hohen Positionen können wichtige Wegbereiter sein, um die Führungsebenen weiblicher zu machen.“ Auch wenn Frauen in den letzten 20 Jahren viel erreicht hätten, hält Männle die Situation immer noch für „defizitär“. Dorothee Bär, stv. CSU-Generalsekretärin, fordert die Frauenquote: „Wir sehen doch, dass die freiwillige Selbstverpflichtung nicht funktioniert.“ Beate Merk, Bayerische Justizministerin, pflichtet ihr bei: „Die Quote hilft uns, die Glasdecke nach oben endlich zu durchbrechen.“ Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, brachte das Publikum mit einem

Vergleich ins Staunen: „Die Chancengleichheit in Deutschland ist gleichauf mit der in Indien.“ Bei der derzeitigen Entwicklung wäre eine Chancengleichheit erst in 50 Jahren erreicht. „Das ist mir eindeutig zu lang“, so Müller.

Die größten Hindernisse sah die bayerische Arbeitsministerin Christine Haderthauer in zweierlei falschen Vorstellungen: denen der Wirtschaft von geeigneten Kandidaten und denen der Mädchen von ihrem späteren Beruf. Mädchen mangle es an Selbstvertrauen, indem sie einen Beruf nicht als spätere Familienernährer anstrebten, sondern allein um der Freude willen. Deshalb sei auch das oftmals gegen eine Frauenquote vorgebrachte Argument nichtig, dass die hohe Abitur-Quote der Mädchen sich automatisch in einen große-



Ursula Männle, Martha Stocker, Emilia Müller

ren Frauenanteil in Unternehmen abzeichnen werde. Die Statistiken zeigten gegenteiliges. Sie fordert daher: „Wir müssen Quoten-Frauen sein wollen.“ www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2011/europas-frauen-in-politik-wirtschaft-wissenschaft.html

POPULISMUS UND EXTREMISMUS IN EUROPA

Radikalismus, Populismus und fundamentalistisch motivierter Terrorismus bedrohen den demokratischen und liberalen Konsens in Europa. Daraus resultierende Verunsicherung, diffuse Bedrohungsängste und die politische Entfremdung in weiten Teilen der europäischen Gesellschaften sind unleugbare Probleme, denen sich am 21. November in Brüssel eine Diskussionsrunde widmete.



Patrick Moreau, Joachim Zeller, Florian Hartleb, Andrey Kovatchev, Manos G. Papazoglou, Markus Ferber

Der Siegeszug der Demokratie in Europa ließ vermuten, dass das „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm), des Oszillierens zwischen Faschismus und Kommunismus, zu Ende geht. Europas demokratische Gesellschaften hatten die Lehren

jedoch den Zweifel an deren demokratischer Reife und politischer Stabilität.

In ihren Resümées zogen die Politiker und Wissenschaftler ein ambivalentes Fazit. Extremismus, Nationalismus und

aus Diktatur, Unterdrückung und Barbarei gezogen. Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und politische Freiheiten wurden die unverbrüchlichen Grundlagen der EU. Ein genauerer Blick auf die politischen Verhältnisse in manchen europäischen Ländern nährt

Terrorismus seien zweifellos eine Gefahr für Europa, und den Volksparteien mangle es an charismatischen Führungspersonlichkeiten, die sich gegen populistische Kräfte durchsetzen könnten. Aber es gebe derzeit keine Anzeichen für eine generelle Radikalisierung. Rechtsextreme Parteien würden untereinander kaum kooperieren, hätten keine länderübergreifenden Netzwerke aufgebaut und seien im Europäischen Parlament eine absolute Minderheit. In Europa, so die einvernehmliche Bewertung der Referenten, herrschen keine „Weimarer Verhältnisse“.

www.hss.de/internationale-arbeit/themen/themen-2011/populismus-und-extremismus-in-europa.html

BERUFS- UND KARRIERE- CHANCEN IN DER EU

Welche beruflichen Möglichkeiten und Chancen bietet die EU? Wie und wo kann ich mich bewerben? Welche Voraussetzungen muss ich dafür erbringen? Dies waren nur einige Fragen, die am 1. Dezember im Mittelpunkt des ersten Informationsabends standen, der sich mit Karrierechancen in der EU beschäftigte.

Die Europäische Union ermöglicht jungen Akademikern vielfältige Berufs- und Karrierechancen. So eröffne die Tätigkeit als Beamter bei der EU gut ausgebildeten Nachwuchskräften die Möglichkeit, in einem interessanten Umfeld aktiv an der Politikgestaltung in Europa mitzuwirken. Dies verlange neben den

fachlichen Qualifikationen die Fähigkeit, mit Kollegen aus allen 27 Mitgliedsstaaten bei komplexen Fragen zusammenzuarbeiten.

Die Voraussetzung für eine Beamtenlaufbahn in den EU-Institutionen ist das Bestehen des sogenannten „Concours“.



Das Podium: Paul Engstfeld, Franz Guber, Karin Angerer

Dieses anspruchsvolle Personalauswahlverfahren findet jährlich statt und wird für Hochschulabsolventen turnusmäßig im März ausgeschrieben. Zur Vorbereitung darauf findet am 3. März 2012 in München ein spezielles Seminar statt. www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2011/berufs-und-karrierechancen-in-der-eu.html

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



- ▶ **aktuelle analysen**
 - Nr. 58: Politik mit „Kind und Kegel“. Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
 - Nr. 57: CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- ▶ **Argumentation kompakt**
 - vom 21. November 2011: Die Wählerschaft der PIRATEN-Partei
 - vom 14. Oktober 2011: Die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin
- ▶ **Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen**
 - Nr. 77: Ist der Kommunismus wieder hoffähig?
 - Nr. 76 Die Wirtschaftsschule von Morgen
- ▶ **Berichte & Studien**
 - Nr. 93 Neue Dimensionen internationaler Sicherheitspolitik
- ▶ **Politische Studien**
 - Nr. 440 mit dem Fokus „Der Euro im Stresstest“ (4,50 €)
 - Nr. 439 mit dem Fokus „Sicherheit und Freiheit in der vernetzten Welt“ (4,50 €)
- ▶ **Studies & Comments Nr. 13: The Future of Security**
- ▶ **Förderpreis für Politische Publizistik 2010/2011: Hintergründe der Jugendgewalt in Deutschland**
- ▶ **Fritz Lamprecht (1892–1945). Arzt und Maler (5 €)**
- ▶ **Hanns Seidel – Aufbruch in eine neue Zeit**
- ▶ **Politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement in Bayern**
- ▶ **Allgemeine Informationen**
 - Jahresbericht 2010 der Hanns-Seidel-Stiftung
 - Seminarprogramm 2012 zur Politischen Bildung
- ▶ **Flyer für ...**
 - Wissenschaft und Politik im Dialog
 - Politische Bildung
 - Begabtenförderung
 - Entwicklungszusammenarbeit
 - Wildbad Kreuth
 - Kloster Banz

Diese und weitere Publikationen können Sie unter www.hss.de/publikationen.html bestellen oder als PDF-Datei herunterladen.

IMPRESSUM

Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Ref. I/1, Lazarettstr. 33, 80636 München
 Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a. D., Senator E. h.
 Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
 Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Hubertus Klingsbögl (V.i.S.d.P.)
 Gestaltung: formidee designbüro

Kontakt für kostenlose Bestellung der Stiftungspost:
 Tel. +49 (0) 89 1258-253, Fax -363, E-Mail: presse@hss.de
 Die Stiftungspost erscheint dreimal jährlich.